



Pressemitteilung

Liquiditätsengpässe: Hartmann-Müller kämpft für Krankenhäuser in der Region

Inflation und Energiekrise nagen immer mehr an den Liquiditätspolstern der Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen in der Region. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller setzt sich daher für einen Inflationskostenausgleich ein. Mit dem Bundesrat hat die Initiative bereits die erste Hürde genommen.

Waldshut-Tiengen, 24.10.2022

Sabine Hartmann-Müller MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 8420
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



In den vergangenen Monaten hatten sich viele Vertreterinnen und Vertreter aus dem Krankenhauswesen, den Versorgungseinrichtungen und den Gesundheitsberufen an die CDU-Politikerin gewendet, um vor drohenden Liquiditätsengpässen zu warnen. „Mir war klar, dass wir hier dringend handeln müssen, um den Betrieb der Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen zu sichern. Gemeinsam mit Bayern und Sachsen hat das Land Baden-Württemberg daher einen entsprechenden Beschlussantrag durch den Bundesrat gebracht“, erklärte Hartmann Müller.

Mit dieser Länderinitiative wird der Bund aufgefordert, die derzeit anfallenden energie- und sachkostenbedingten Mehrkosten bei den Krankenhäusern im Erlösbudget zeitnah auskömmlich zu finanzieren und die Liquidität der Krankenhäuser rasch zu sichern. „Konkret schlagen wir einen unterjährigen finanziellen Ausgleich für die nicht refinanzierten Kostensteigerungen für die Anwendungsbereiche des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) und der Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) vor“, führte Hartmann-Müller aus. Darüber hinaus solle es auch einen Zuschlag auf die im Krankenhausbudget einbezogenen Entgelte ab dem 1. Juli 2022 geben.

„Stimmt die Bundesregierung der Länderkammer zu, bekommen wir die finanziellen Engpässe der Krankenhäuser in der Region sicherlich in den Griff“, so Hartmann-Müller. Aufgrund der – vor allem für baden-württembergische Einrichtungen – nachteiligen Betriebskostenfinanzierung bleibe die Lage aber trotzdem angespannt.

